

## Dichter Nebel zwischen Licht und Schatten

### Bewertung des Koalitionsvertrags 2025 zwischen CDU/CSU und SPD durch den Sozialverband VdK Deutschland

Der verkürzte und vorgezogene Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 war vor allem durch migrationspolitische Debatten geprägt. Sozialpolitischen Themen wurden in den Debatten zu wenig Raum eingeräumt und die konkreten Ziele der Parteien wurden nicht immer deutlich. Der vorliegende Koalitionsvertrag kann deshalb als logische Fortsetzung dieses Wahlkampfs interpretiert werden, in dem die Verbesserung der sozialen Situation vieler Menschen in Deutschland – heute und in der Zukunft – nicht oberste Priorität hat und oft gegen und nicht im Einklang mit der Wirtschaftspolitik gesehen wird. Der Sozialverband VdK hat im Vorhinein der Wahl sein Bekenntnis zu einem gut funktionierenden und umfassenden Sozialstaat formuliert und auch die Wahlkämpfenden ermutigt, sich mit tiefgreifenden Änderungen der Sozialversicherungssysteme diesem Bekenntnis anzuschließen.

Mit eigenen Berechnungen, gemeinsam mit unserem Kooperationspartner Fiscal Future, haben wir dargelegt, wie Beitragszahlende durch die sachgerechte Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben aus Steuermitteln entlastet werden könnten und die demographischen Herausforderungen bei Pflege, Gesundheit und Rente finanziert werden könnten. Die notwendigen sozialpolitischen Verbesserungen ließen sich so durch eine gerechtere Steuerpolitik und moderate Beitragssatzerhöhungen finanzieren.

Der Koalitionsvertrag bietet auf die bestehenden Fragen zur Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaats nur erste Ansätze, aber wenige konkrete und noch weniger systematische Lösungen. Für wichtige Strukturreformen wurden externe Kommissionen geschaffen. Das Einrichten von Kommissionen birgt die Gefahr, dass notwendige Veränderungen in die Zukunft verschoben werden. Aus Sicht des VdK sind sowohl Problemlagen, wie auch Lösungsansätze bekannt. Daher muss es anstelle der Kommissionen einen strukturierten Beteiligungsprozess geben in den das Parlament, die Sozialpartner, die Sozialversicherungen und Sozialverbände wie der VdK einbezogen werden. Die zügige Erarbeitung von konkreten Reformvorschlägen, die in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können, muss das Ziel sein. Wir wollen verhindern, dass vor allem in den Bereichen Gesundheit und Pflege Leistungskürzungen vereinbart werden statt Vorschläge für höhere Einnahmen zu diskutieren. Welche Ansätze sich letztendlich durchsetzen ist ungewiss.

Ebenso ungewiss ist die angekündigte Entlastung für kleine und mittlere Einkommen im Bereich der Steuerpolitik und die tatsächlichen Auswirkungen der Vereinbarungen zum Mindestlohn. Als VdK werden wir uns dafür einsetzen, dass Angekündigtes auch umgesetzt wird.

Dass die geplante Finanzierung der Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft aus dem Sondervermögen finanziert wird, werten wir als Erfolg des VdK. Mit der angekündigten Klage gegen die Beitragserhöhungen in der GKV haben wir hier den Fokus auf die Transformation der Krankenhauslandschaft als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelenkt. Dadurch werden die Versicherten entlastet und die Verantwortung für die Daseinsvorsorge stärker beim Staat verankert. Diese Entscheidung ist ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren Verteilung der Kosten im Gesundheitswesen.

Ein weiterer Erfolg aus Sicht des VdK ist auch die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Stabilisierung des Rentenniveaus. Ziel muss es nun sein, dieses über 2031 hinaus festzuschreiben und mittelfristig zu erhöhen. Die Haltelinie bei 48 Prozent bis 2031 ist ein Teilerfolg. In Zeiten demografischer Veränderungen und wachsender Sorge um Altersarmut ist dies ein wichtiges Signal an die ältere Generation. Sie zeigt aber auch den Weg auf, wie das Vertrauen der jüngeren Generation in eine stabile Rente wiedergewonnen werden kann. Besonders begrüßt der VdK die geplante Erweiterung der Mütterrente. Viele Frauen, die Kinder erzogen und dadurch geringere Rentenansprüche erworben haben, profitieren von dieser Maßnahme. Damit wird ein Beitrag zur Verhinderung von Altersarmut geleistet und die Lebensleistung von Müttern gewürdigt. Der VdK hatte sich zudem dafür eingesetzt, diese gesamtgesellschaftliche Anerkennung aus Steuermitteln zu finanzieren, was ebenfalls umgesetzt werden soll. Das gleiche gilt für die verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten von Witwen.

Neben der erwähnten Ungewissheit durch die Verlagerung der Strukturreformen in Kommissionen und den angesprochenen Lichtblicken gibt es auch Schatten.

Dazu gehört die nur wenig ambitionierte Politik im Bereich Barrierefreiheit. Zwar werden Verbesserungen im öffentlichen Bereich angekündigt, doch eine verbindliche Verpflichtung für private Anbieter, Barrierefreiheit herzustellen, fehlt. Damit bleibt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für viele Menschen mit Behinderung weiterhin eingeschränkt. Der VdK fordert seit Jahren eine gesetzliche Regelung, mit der auch private Anbieter in die Pflicht genommen werden. Auch in den Bereichen Wohnen und Mobilität sind die Verabredungen zur Schaffung von mehr Barrierefreiheit zu unverbindlich. Pflegende Angehörige leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft. Dennoch bleiben die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen zur Unterstützung dieser Gruppe vage und unkonkret. Es fehlen verbindliche Zusagen für finanzielle Entlastungen, bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und zur Herstellung und Ausweitung von Entlastungsangeboten. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf.

Ebenso gibt es Nachbesserungsbedarf bei der Armutsbekämpfung. Mit großer Enttäuschung stellt der VdK fest, dass eine umfassende Unterstützung armer Kinder und Jugendlicher im Koalitionsvertrag fehlt. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist eine der drängendsten sozialpolitischen Herausforderungen. Eine echte Bündelung und Verbesserung der familienpolitischen Leistungen, die alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern absichert, hätte ein starkes Zeichen für Chancengleichheit, gute

Bildung und soziale Gerechtigkeit gesetzt. Hier bleibt der Vertrag mit der Formulierung einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die für sich genommen begrüßenswert sind, eine umfassende Lösung schuldig. Die Armut von erwachsenen Menschen droht durch die angekündigten Maßnahmen in der Grundsicherung eher noch zuzunehmen. So kann die Abschaffung der Karenzzeit beim Schonvermögen in Verbindung mit ihren Wohnkosten Menschen aus der Mittelschicht, die aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage ihren Job verlieren, schnell in arge Bedrängnis bringen.

Der Koalitionsvertrag 2025 enthält aus Sicht des Sozialverbands VdK einige wichtige Fortschritte. Insbesondere im Bereich Rente, Mindestlohn und Krankenhausfinanzierung hat sich die kommende Bundesregierung auf unterstützenswerte Maßnahmen geeinigt. Dennoch bleiben zentrale Herausforderungen wie die Bekämpfung von Kinderarmut, die Förderung von Barrierefreiheit, die Unterstützung pflegender Angehöriger und die nachhaltige Finanzierung der Sozialversicherungen unzureichend adressiert.

Der VdK fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag angelegten positiven Ansätze zügig umzusetzen und die bestehenden Lücken im Sinne einer solidarischen, inklusiven und gerechten Gesellschaft zu schließen. Der Finanzierungsvorbehalt lässt zu viele Spielräume, die Vertrauen der Menschen in die soziale Sicherung und die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaats nicht stärken.